

INTERNATIONAL

- 6 DIE KRISE IN DEN USA –
UNAUFHALTSAM ABWÄRTS

BRD

- 8 LOHN ERHÖHT,
GELDBEUTEL LEERER

FRAUEN

- 10 ABTREIBUNGSGESETZE
IN DER USA

BERLIN

- 12 HAUSBRÄNDE: DER SKAN-
DAL HINTER DEM SKANDAL

HAMBURG

- 14 SAGA ERHÖHT
ENERGIEKOSTEN

BREMEN

- 16 MARTINSHOF: AUSBEU-
TUNG STATT INKLUSION

NORDRHEIN-WESTFALEN

- 18 POLIZEI & LUMPEN HAND IN
HAND / RÄTTEN BEI VONOVIA

BADEN-WÜRTTEMBERG

- 20 BUNDESGERICHTSHOF
EHRT NAZI-RICHTER

KULTUR

- 22 IN ERINNERUNG AN
FÉLIX REBOLLEDO

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

19 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

**VOLKSAUFSTAND IN ECUADOR:
BAUERN UND INDIGENE IN MACHACHI**

**DIE KRISE IN DEN USA – DIE SPIRALE
GEHT UNAUFHALTSAM ABWÄRTS**

LOHN ERHÖHT, GELDBEUTEL LEERER

**ABTREIBUNGSGESETZE IN DEN USA:
SPIELBALL DER REAKTIONÄRE
FÜR IHRE WAHLEN**

**BRANDSTIFTUNGEN IN WOHNHÄUSERN:
DER SKANDAL HINTER DEM SKANDAL**

SAGA ERHÖHT ENERGIEKOSTEN

**AUSBEUTUNG STATT INKLUSION –
MARTINSHOF BREMEN**

POLIZEI UND LUMPEN HAND IN HAND

RATTEN BEI VONOVIA

**BUNDESGERICHTSHOF EHRT NAZI-RICHTER
IN ERINNERUNG AN FÉLIX REBOLLEDO**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Juni und Juli standen besonders in dem Licht des Volksaufstandes in Ecuador. Deshalb widmen wir auch diesem Kampf der Volksmassen Ecuadors Platz in dieser Ausgabe der Roten Post. Dieser Kampf spiegelt die Situation der Zeiten, in denen wir leben, sehr gut wieder, Zeiten des Krieges. Die Wirtschaftskrise verschlimmert die Lebenslage aller Unterdrückten und Ausgebeuteten der Welt aufs Schärfste, was die Reaktion zwingt, immer mehr von der Peitsche Gebrauch zu machen, um die gerechtfertigten Kämpfe der Massen zu unterdrücken und die Macht der Imperialisten zu sichern. Und in Ecuador, wo die Wirtschaftskrise die Wirtschaft der Bauern ruiniert und den Lohn der Arbeiter ins extreme Tief befördert, und gleichzeitig die extrem reaktionäre Regierung der bürokratischen Kapitalisten unter der Führung des „Bankiers“ Guillermo Lasso immer mehr die Militarisierung und Repression gegen das Volk vorantreibt, blieb der Bevölkerung nichts mehr zu verlieren als ihre Ketten, sodass sie entschlossen den Kampf gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter aufnahmen und sich in den Kampf stürzten.

Dieser begann durch einen Streik der Bauern am 13. Juni, die wegen der steigenden Preise für Kraftstoffe und Dünger auf die Straße gingen. Darauf folgten immer mehr Streiks der Bauern und Arbeiter in unterschiedlichen Provinzen. Vor allem in der Region Cotapaxi fanden in der ersten Woche mehr als 63 Massenaktionen statt. Der Aufstand erreichte trotz zahlreicher Blockaden der Polizei und verhängten Ausgangssperren die Hauptstadt Quito. Die Polizei versuchte, den Aufstand mit brutalster Gewalt aus der Hauptstadt auszusperrern und eröffnete das Feuer mit Tränengas und Gummigeschossen. Trotzdem durchbrachen die kämpfenden Massen die Reihen der Reaktion und schlossen sich den Demonstrationen in der Stadt an. Der Verkehr wurde in der Stadt größtenteils lahmgelegt und der Aufstand erreichte die Blockaden des Militärs vor dem Regierungspalast. Da das Militär den Aufstand nicht aufhalten konnte und der Aufstand nach heftigen Kämpfen die Linien des Militärs durchbrach, mussten US- und israelische Truppen für die Sicherheit des Regierungspalastes sorgen. Bei diesen Kämpfen in Quito gab neben anderen der Genosse Guido Guatatoca sein Leben im Kampf, als ihm eine Tränengranate durch das Auge in seinen Kopf geschossen wurde. Zu Ehren des gefallenen Genossen sind in unterschiedlichen Städten der BRD Malungen gemacht worden (Bilder wurden auf der Website demvolkedienern.org veröffentlicht). Die Stadt Ibarra wurde von dem Bündnis der Arbeiter und Bauern komplett lahmgelegt. Die Arbeiterverteidigungsfront von Imbabura blockierte alle wichtigen Ein- und Ausgänge der Stadt und in Chimborazo sperrten die Komitees der armen Bauern eine der wichtigsten Straßen der Region, und die Innenstadt wurde ebenfalls vollständig besetzt. Die Gewinnung des wichtigsten Exportprodukts Ecuadors, Öl, wurde massiv blockiert, indem im ganzen Land die Straßen zu den Ölquellen blockiert und Ölquellen gestürmt oder belagert wurden. Insgesamt wurden mehr als 609 Ölquellen stillgelegt und zahlreiche besetzt. Im ganzen Land durchbrachen die Arbeiter und Bauern die Reihen der Nationalpolizei und besetzten Regierungsgebäude.

Der Staat wurde von den aufständischen Massen so weit in die Ecke gedrängt, dass er, wo brutale Gewalt der Polizei und des Militärs nicht weiterhalfen, zu Methoden der Erpressung und Verhandlung griff. So unterbreitete er mehrmals Verhandlungen und einige der führenden Personen oder Organisationen der Massenbewegung erklärten sich bereit, zu kooperieren. Jedoch lehnten die Massen diese Verhandlungen und den Verrat dieser Führer ab, da eine der Hauptforderungen der Rücktritt des „Bankiers“ Lasso so umgangen werden sollte. Aber vor allem deshalb, weil die *Front der Verteidigung der Kämpfe des Volkes* (*Frente de Defensa de Luchas del Pueblo*) - Ecuador (FDLP-EC) diese falschen Forderungen denunzierte und weiter zum Kampf aufrief.

Schließlich endete der Volksaufstand nach 18 Tagen des Kampfes, als einige Führer von Organisationen der indigenen Bauernbewegung sich mit der Regierung an den Verhandlungstisch setzten. Ungeachtet der Opfer, die das Volk in dem Aufstand gegeben hat, wurden die „10 Forderungen“ der Massen einfach verraten. Dabei erfüllten diese Führer die Pläne der Regierung und isolierten dazu den Rest der Massen vom Verhandlungstisch. Denn nicht nur die indigenen Bauern, sondern auch die Arbeiter, Studenten und Arbeitslosen waren an den Kämpfen beteiligt. Deren Kämpfe vor allem die blutigsten waren und die meisten Opfer forderten. Jedoch war dieser Volksaufstand eine gute Lehre, der die Kommunisten und Massen im Kampf geschult und vor allem dem Volk die Perspektive im bewaffnetem Kampf gezeigt hat. Die Genossen der FDLP-EC schreiben in einer Erklärung: *„Die Ereignisse der nationalen Mobilisierungen haben uns besser verstehen lassen, dass die Bedingungen für eine Revolution im Lande reif sind ... Der Volksaufstand hat sich als eine praktische Übung erwiesen, die funktioniert und zeigt, dass dies der richtige Weg ist.“*

BILD DES MONATS



Bauern und Indigene laufen während des Volksaufstandes über eine verbrannte Straßenbarrikade in der Stadt Machachi, auf dem Weg zur ecuadorianischen Hauptstadt Quito.

Quelle: National Review



DIE KRISE IN DEN USA – DIE SPIRALE GEHT UNAUFHALTSAM ABWÄRTS

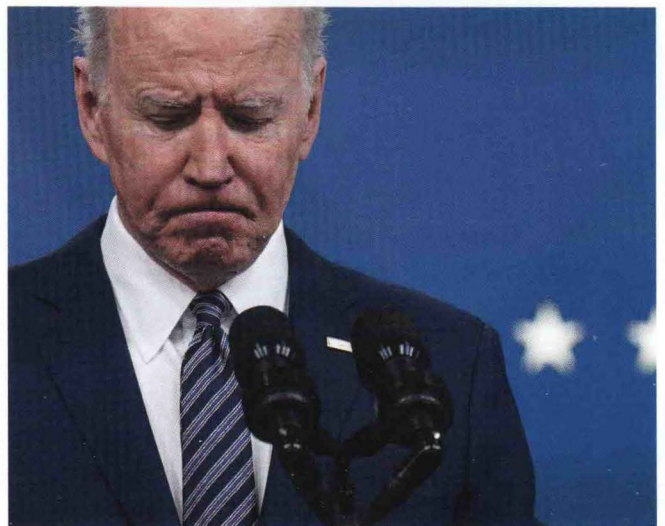
Kein Land auf der Welt ist so mächtig wie die USA. Wirtschaftlich, politisch und militärisch kann in der Gesamtheit kein anderes Land auf der Welt mit den Vereinigten Staaten mithalten – das macht die USA zur einzigen hegemonialen imperialistischen Supermacht der Erde. Doch trotz ihrer großen Macht bleiben auch die USA nicht verschont von der Krise, die sich auf der ganzen Welt entfaltet. Ob man auf die letzten zweieinhalb Jahre zurückblickt, die unmittelbare Situation betrachtet oder darauf blickt, was noch kommen wird, eines wird deutlich: Die Vereinigten Staaten sind tief getroffen von der aktuellen Krise, die eine Krise des imperialistischen Systems ist. In diesem Artikel wollen wir anhand von Zahlen und Fakten, sowie auf Grundlage von einigen Einschätzungen bürgerlicher Wissenschaftler und Experten, einen Ausblick geben, was in den kommenden Monaten und Jahren auf das mächtigste Land der Welt zukommen wird.

DIE ALLGEMEINE KRISE DES IMPERIALISTISCHEN SYSTEMS

Bevor wir uns vollständig den USA zuwenden, wollen wir zunächst die Frage klären, wie sich die Krisen im Imperialismus entwickeln. Dabei ist der wichtigste Ausgangspunkt zu verstehen, dass die Krisen nicht einfach passieren, weil einige da oben Fehler gemacht haben oder weil auf einmal irgendwelche Dinge wie Corona oder Krieg dazwischen kommen. Die Krisen sind fester Bestandteil des imperialistischen Systems. Denn die Konkurrenz der Imperialisten untereinander bewirkt dauerhaft, dass ihre Profitrate tendenziell fällt. Die gesamtgesellschaftliche Produktion ist nicht organisiert, sondern geschieht in einer anarchistischen Weise, da jeder Kapitalist für seinen eigenen Profit planmäßig für einen ihm unbekannten Markt mehr, als es Bedarf gibt, produziert, um sich gegen seine Konkurrenten durchzusetzen. So ist der Markt ab einem gewissen Punkt völlig überladen, weil zu viel produziert wurde. Zu viel, sodass es gar nicht mehr alles verkauft werden kann. Es ist ein Teufelskreis, der sich wieder und wieder wiederholt. Ausdruck dieses Teufelskreises, dieser immer wiederkehrenden Krisen sind z.B. die sogenannte Finanzkrise (2007-2009) oder eben die andauernde sogenannte Corona-Krise.

EIN „HURRIKAN“ ZIEHT AUF

„Wissen Sie, ich habe gesagt, es gibt Sturmwolken, aber ich muss das ändern ... es ist ein Hurrikan“ – das sagte Jamie Dimon, Chef der größten Bank der Vereinigten Staaten – JP Morgan Chase – bereits Anfang Juni. Und seine Aussage ist bezeichnend für die Situation in den USA. Weiter sagte Dimon: „Im Moment ist es sonnig, die Dinge laufen gut, jeder glaubt, dass die Fed damit umgehen kann. Der Hurrikan ist da draußen, auf der Straße, und kommt auf uns zu.“ Insbesondere meint Dimon die Niedrigzinspolitik, die die amerikanische Notenbank (Fed) seit mehr als einem Jahrzehnt fährt. Diese Niedrigzinspolitik war eine Folge auf die sogenannte Finanzkrise und hatte zum Zweck, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Niedrigzinsen sind ein gern benutztes Mittel, um Krisen zu überwinden bzw. diese aufzuschieben. Denn niedrige Zinsen bedeuten, dass es billiger ist, Geld zu leihen. Das regt Investitionen an und bringt einen gewissen neuen Schwung in den Markt. Aber dieser neue Schwung ist nicht für die Ewigkeit, denn Investitionen führen langfristig dazu, dass Profite nicht mehr realisiert werden können. Das hat nun ein Ende der Niedrigzinspolitik zur Folge. Ein sogenanntes Quantitative Tightening (QT), also eine quantitative Straffung. Jamie Dimon sagte dazu „Wir hatten noch nie eine derartige quantitative Straffung, das heißt, wir haben es mit etwas zu tun, über das man 50 Jahre lang Geschichtsbücher schreiben könnte.“ Neben der Erhöhung des Leitzinses hätte diese nun zur Folge, dass die Zentralbank Staatsanleihen von den Geschäftsbanken wie der Fed aufkauft und die



Joe Biden, strahlender Beweis der „blühenden Wirtschaft“

Staatsanleihen der USA damit monatlich um bis zu 95 Milliarden Dollar reduziert werden würden. Das zeigt, dass die Symptombekämpfung durch die Niedrigzinspolitik die Krise erstens nur aufgeschoben hat und zweitens sogar dafür gesorgt hat, dass die jetzige Krise noch schwerer wiegt.

IST DONALD TRUMP SCHON ZURÜCK?

Die aktuelle Situation in den USA scheint Präsident Joe Biden dazu zu treiben, die Krise einfach weg zu lügen, wofür einst sein Vorgänger Donald Trump bekannt war. Bei einem Besuch in der Late Night Show von Jimmy Kimmel wollte er dem Volk die Inflation (die Inflationsrate in den USA liegt bei 8,6 Prozent) allen ernstes als eine Auswirkung der „blühenden Wirtschaft“ in den USA verkaufen. Außerdem sprach er davon, dass die Wirtschaft keines anderen Landes so schnell wachsen würde, wie die der USA. Das ist schlichtweg falsch, denn während die Wirtschaft der USA letztes Jahr um 5,7 Prozent wuchs, wuchs die chinesische um 8 Prozent.

DIE KRISE ZEIGT SICH ÜBERALL

Biden versucht offensichtlich, Optimismus zu versprühen, und verliert dabei jeglichen Sinn für die Realität. Denn die Krise in den USA entwickelt sich in vielen weiteren Bereichen. Was außerdem droht, ist eine erneute Welle von Massenentlassungen. So haben verschiedene große Konzerne der Autoindustrie angekündigt, zehntausende Stellen zu streichen, weil sie auf produzierten Autos sitzen bleiben. Bei unter-

schiedlichen Modellen gab es in den vergangenen Jahren Einbrüche in den Verkaufszahlen von über 30 Prozent. Und das, obwohl die Menschen in den USA auf ein Auto angewiesen sind. Ob General Motors, Fiat-Chrysler oder Tesla – bei allen Monopolen stehen Entlassungen zwischen 10.000 und 20.000 Arbeitern in den USA an.

Auch die Flugbranche ist schwer getroffen. Die Ticketpreise sind um 40 Prozent angestiegen, über 5000 Piloten fehlen seit den letzten zwei Jahren und viele Flughäfen werden kaum noch angefliegen. Aufgrund des kaputtgesparten Verkehrs auf der Schiene ist der Flugverkehr in den USA enorm wichtig. Und auch für den Güterverkehr bedeuten Pilotenmangel und steigende Transportkosten immer mehr Probleme, was zu Lieferengpässen führt.

Uns fehlt der Platz, um hier die gesamte Tragweite der Krise in den USA vollständig darzustellen, denn das was wir bisher aufgezählt haben, ist nur ein kleiner Teil. Die Mieten kletterten von Mai auf Juni um fünf Prozent, Lebensmittel im selben Zeitraum um 12 Prozent und der Sprit wird jede Woche einige Prozent teurer. Auch wenn Biden bemüht ist, die Krise zu verschleiern und eine goldene Zukunft verspricht, geht es steil bergab mit dem mächtigsten Land der Erde. Dieser Zustand führt dazu, dass das Vertrauen in den Staat immer weiter abnimmt. Die Umfragewerte für Joe Biden und seine Regierung fallen jeden Monat weiter. Laut Umfragen des *Wallstreet Journal* sagen ganze 83 Prozent der Amerikaner, dass ihre Wirtschaftslage schlecht sei und nur gut 25 Prozent glauben noch an eine Besserung. Seit 1972 wird diese Umfrage jährlich durchgeführt und noch nie waren die Ergebnisse so schlecht wie jetzt.

Es zeigt sich, dass die USA nur ein Koloss auf tönernen Füßen sind und dass dieses System keine Zukunft mehr hat. Der Imperialismus befindet sich in seiner allgemeinen und letzten Krise, innerhalb derer er mehrere zyklische Krisen durchläuft. Jeden Tag zeigt sich der Prozess, wie dieses System am Sterben ist und sich zersetzt. •



*Will Zehntausend Mitarbeiter vor die Tür setzen:
Tesla-Chef Blutsauger Elon Musk*

LOHN ERHÖHT, GELDBEUTEL LEERER

WIE DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG REALLOHNSENKUNGEN DURCHSETZT

In einigen Berufszweigen wurden dieses Jahr schon Kämpfe für eine bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne der Beschäftigten ausgetragen. Stahlarbeiter, Kita-Personal, Hafenarbeiter, Pflegekräfte und viele weitere Berufsfelder haben gestreikt – und höhere Löhne waren meist die oberste Forderung. Die gab es dann auch in den meisten Fällen auf dem Papier nach einigen Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern. Doch in den meisten Fällen lag der Anstieg des Lohns deutlich unter der Inflationsrate. Das heißt anstelle dass die Beschäftigten wie gefordert wieder mehr im Geldbeutel haben können, können sie sich trotz einer Lohnerhöhung in Zukunft weniger leisten. Ist das jetzt in Zeiten der Inflation alles Pech?

Mitte Juni präsentierte die IG Metall nach mehreren Verhandlungsrunden einen neuen Tarifvertrag für den Großteil der deutschen Stahlbranche: *„In Zeiten einer hohen Inflation ist uns ein Verhandlungsergebnis gelungen, das den Beschäftigten sofort ein deutliches Plus von 6,5 Prozent ins Portemonnaie bringt – das höchste prozentuale Erhöhung in der Stahlindustrie seit 30 Jahren.“*, so IG-Metall-Bezirksleiter NRW Knut Giesler. Hinzu kommt eine Einmalzahlung von 500 Euro. Ursprünglich waren 8,2 Prozent gefordert gewesen. Die Inflationsrate (also der Wertverlust des Geldes im Vergleich zu vor 12 Monaten) lag im Juni in Deutschland bei 7,6 Prozent. Der Tarifvertrag ist diesen Juni auch in Kraft getreten, und zwar für 18 Monate. Die Lohnerhöhung reicht also nicht einmal aus, um den Wertverlust unseres Lohns seit letztem Sommer auszugleichen. Und nicht anders ist der Tarifvertrag für Erzieher, die ver.di und der Beamtenbund dbb im Mai aushandelten. Um 130 Euro soll der Lohn steigen, beim durchschnittlichem Lohn eines Erziehers sind das nicht mal vier Prozent mehr. Der Vertrag läuft bis 2026 – wer weiß, was man sich dann von einem Euro noch kaufen kann, denn nach Prognosen der Bundesbank wird die Inflation noch weiter steigen. Und diese Tarifverträge feiern die Gewerkschaften noch als „Erfolge“.

Die Unternehmer jammern, die laufenden Vereinbarungen lägen nun am absoluten Rand des Vertretbaren, könnten aber auch fatale Auswirkungen auf die

Industrie, das Gesundheitswesen, die Versorgung etc. haben. Es sei ja einfach nicht genug Geld da, besonders wegen des Ukraine-Kriegs (vor einem halben Jahr wäre Corona die Begründung gewesen). Eine Lüge. Stahlarbeiter, Erzieher, Hafenarbeiter, Krankenpfleger – jeder von ihnen macht seine Arbeit nicht aus einer spontanen Laune heraus, sondern, damit er sich und seine Familie ernähren kann. Von dem Betrieb, der Einrichtung, dem Konzern, der die Arbeit organisiert, gehört ihnen selbst nichts. Acht Stunden am Tag, manche weniger, viele auch mehr, verkaufen sie ihre Arbeitskraft an den Unternehmer. Als Beschäftigter kriegt man, auch wenn es anders erscheint, nur einen Teil der Zeit bezahlt, die man gearbeitet hat. Den in der restlichen Zeit erzeugten Wert steckt sich der Unternehmer als Profit in die Tasche; im Falle des öffentlichen Diensts geht es darum, die Funktion des Staats als Werkzeug der herrschenden Klasse aufrecht zu erhalten. Man schaue sich die deutschen Automobilkonzerne an. Mercedes-Benz – im Jahr 2021 vier Prozent weniger Autos verkauft als im Vorjahr und den Gewinn auf 14 Milliarden Euro mehr als verdoppelt! Volkswagen – im gleichen Jahr trotz 6,5 Prozent weniger Verkäufe als im Vorjahr den Gewinn um 75 Prozent auf 15,5 Milliarden hochgeschraubt. Wo soll also das Geld fehlen? Für ein Produkt, das man kaufen möchte, muss man ungefähr im gleichen Verhältnis mehr zahlen, wie das Geld, mit dem man zahlt, an Wert verliert. Im gleichen Verhältnis müsste auch der Ausbeuter für unsere Arbeitskraft, die auch eine Ware ist, mehr zahlen. Aber, wie Karl Marx, der all diese Sachen bereits vor mehr als 150 Jahren aufgedeckt hatte, in seinem Werk „Lohn, Preis und Profit“ 1865 schreibt:

„Alle bisherige Geschichte beweist, daß, wann immer eine solche Entwertung des Geldes vor sich geht, die Kapitalisten sich diese Gelegenheit, den Arbeiter übers Ohr zu hauen, nicht entgehen lassen.“

Das ist, wozu ihnen die Inflation nützlich ist. Denn es ist ein dauerhafter Kampf, wie viel die Arbeiter an Lohn ausbezahlt bekommen und wie viel sich die Unternehmer einstecken. Hätten die Arbeiter

in diesem Land nie für ihren Lohn und für ihre Arbeitszeit gekämpft, dann würden sie heute am absoluten Minimum, dann würden sie heute an der Schwelle zum Hunger und am Rande ihrer Existenz leben – das ist ein Fakt. Die Arbeiterklasse hat für diese Art des Kampfes eine eigene Organisation geschaffen – die Gewerkschaft. Mit dem Streik als wichtigstes Mittel des ökonomischen Kampfes soll die Gewerkschaft die Tagesforderungen der Arbeiter, also unmittelbare Verbesserungen, gegenüber ihren Ausbeutern durchsetzen. Die Kapitalisten streben immer danach, die Arbeitszeit, die die Arbeiter nicht bezahlt bekommen, auszuweiten, und die Zeit, die sie bezahlt bekommen und ihrem Lohn entspricht, wieder nach unten zu drücken. In Krisen wie der jetzigen, wo ihr Profit in Gefahr ist, sind sie bei dieser Sache besonders vehement hinterher; dabei nutzen sie die Inflation aus, um den Wert unserer Arbeitskraft, der in Lohn ausgezahlt wird, zu senken. Die Gewerkschaftsführer setzen dann die Lohnsenkung durch, indem sie bei aller Scheinheiligkeit dafür „kämpfen“, den Lohn „auszugleichen“, in Wirklichkeit aber im Interesse der Unternehmer handeln und eine „Lohnerhöhung“ aushandeln, bei der der Wert unserer Arbeitskraft unter dem Niveau bleibt, auf dem er vor dem Anstieg der Inflation gewesen ist. Dieser Teufelskreis dauert seit jeher an – immer wieder erkämpfen die Arbeiter sich Verbesserungen, ehe die Kapitalisten die Situation in den Krisen ihres Systems mit den unterschiedlichsten Vorwänden die Situation wieder verschlechtern und die jetzigen Gewerkschaftsführer sie für letztere durchsetzen. Die jetzigen Chefs der Gewerkschaften helfen dabei, dass dieser Teufelskreis weiter besteht. Daher ist es notwendig, dass die Leute, sich an die Spitze dieses Kampfes stellen, tatsächlich dafür kämpfen, dass die Verbesserungen von Dauer sind und wir endlich aus diesem Teufelskreis raus kommen, und ihn ein für alle mal zerstören.

Die Krönung gibt der politische Kopf der Herrschenden in der BRD, Olaf Scholz, selber: eine sogenannte „konzertierte Aktion“ im Kanzleramt. Kapitalisten und Gewerkschafter berieten unter Federführung des Staates – Olaf nennt das „unterhaken und zusammenhalten“ – über Arbeitsbedingungen und Löhne der Angestellten. Diese Unterordnung von allem unter den Staat, mit dem Ziel, dass sich Arbeiter und Kapitalisten

und der Führung Staats „vereinigen“, ist Kern des sogenannten Korporatismus, das zentrale System des Faschismus. Seine Grundideen wurden vom italienischen Faschisten Benito Mussolini entwickelt, und Olaf Scholz treibt diesen Korporatismus in der BRD voran. Passend dazu ist auch, dass die Chefin des DGB, Yasmin Fahimi ist, SPD-Mitglied, ehemalige Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin. Dies steht im Widerspruch zur „Tarifautonomie“ die besagt, dass der Staat sich nicht in die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern einmischen darf. Wenn die Gewerkschaftsführung aber in den Händen der regierenden bürgerlichen Partei ist, dann kann man nicht von „Tarifautonomie“ sprechen. Und damit ist es noch offensichtlicher, wessen Interesse die Gewerkschaftsführung dient.

Wie wir sehen, nutzen die Kapitalisten die Inflation, um die Löhne der Arbeiter zu drücken und ihren Profit zu vergrößern. Die Arbeiter organisieren sich, um dem entgegen zu wirken und kämpfen entschlossen für ihre Forderungen für gerechten Lohn und gute Arbeitsbedingungen. Aber was machen die Chefs der Gewerkschaften? Sie setzen die Reallohnsenkungen und die Interessen der Kapitalisten durch und sagen, dass in diesen Zeiten dies schon ein gutes Ergebnis sei. Das ist Betrug an uns Arbeitern, denn wir haben mehr gefordert als die Gewerkschaftsspitzen „ausgehandelt“ haben. Dass diese Absprachen zwischen unseren Chefs (Unternehmer und Gewerkschaftsspitzen) uns keine Verbesserung bringen, ist klar, und so müssen wir eben weiter kämpfen. Deshalb ist das Ziel, den Teufelskreis zu durchbrechen, auch direkt mit einer Forderung nach einer *kämpferischen Gewerkschaft* verbunden, die den Kampf für die Interessen der Arbeiter auch bis zum Schluss führen will. •



Veränderung des Nominallohnindex (gelb), Verbraucherpreisindex (grün) und des Reallohnindex (orange) im Vergleich zum Vorjahresquartal in Prozent, Zeitraum 2019 bis 1. Quartal 2022, in der BRD. Steigen die Preise schneller als der Nominallohn, dann ist der Reallohnindex im Minus.

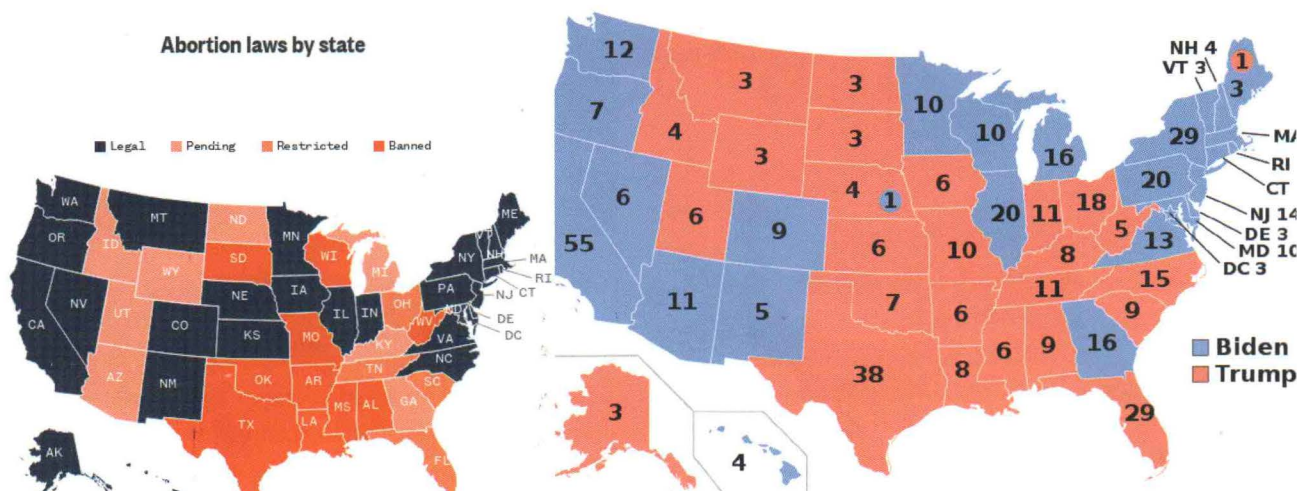
ABTREIBUNGSGESETZE IN DEN USA: SPIELBALL DER REAKTIONÄRE FÜR IHRE WAHLEN

Erneut schwemmt eine Welle an Unruhe und Empörung über die Weiten des Landes des US-Imperialismus. Das bundesstaatsübergreifende Recht auf legale und selbstbestimmte Abtreibung, welches in den USA schon seit 1973 besteht, wurde von dem Obersten Gericht der USA (Supreme Court) gekippt. Dies löste landesweit eine große Welle an Protesten aus, einerseits für das Recht auf Abtreibungen und andererseits dagegen. Es scheint absurd zu sein, dass in dem Staat, der sich damit brüstet, das Land mit der größten „individuellen Freiheit“ zu sein, darüber gestritten wird, ob die Hälfte der Bevölkerung entscheiden darf, ob es eine enorme Veränderung ihres Lebens selber entscheiden darf oder nicht. Doch ein Zufall ist dies nicht, sondern ein von der Bourgeoisie losgetretenes Spiel, welches auf Kosten der vor allem proletarischen und armen Frauen gespielt wird.

Am 24. Juni diesen Jahres hat der größtenteils republikanische „Supreme Court“ das Recht auf legale Abtreibung in der USA gekippt, welches vor etwa 50 Jahren in dem Grundsatzentscheid „Roe versus Wade“ gefällt wurde. Dies hat zur Folge, dass die Bundesstaaten selber entscheiden dürfen, ob Schwangerschaftsabbrüche in ihrem Bundesstaat legal sind, und unter was für Umständen diese durchgeführt

werden dürfen. Das heißt in 26 von 50 Bundesstaaten wird Abtreibung illegal, mit Ausnahmen wie: Gefährdung des Lebens der Mutter, bei Schwangerschaft nach Vergewaltigung und Inzest, und wenn die Aussichten sind, dass das Kind die Geburt nicht überlebt oder mit Behinderung zur Welt kommt. Diese Ausnahmen sind von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich, genauso wie der Zeitpunkt, ab dem die neuen Abtreibungsgesetze gelten, wobei sie in den meisten schon aktiv sind. In zwölf Bundesstaaten soll sogar ein Verbot ohne jegliche Ausnahmen gelten. Das „Herzschlag-Gesetz“, das im September 2021 in Texas beschlossen wurde, löste diese Debatte um Abtreibung aus. Dieses Gesetz besagt, dass die Abtreibung in Texas nur bis zur Feststellung des ersten Herzschlag des Embryos erlaubt ist, was heißt, dass es den Frauen in Texas unmöglich macht, nach der sechsten Schwangerschaftswoche eine Abtreibung zu machen.

Die Entscheidung des „Supreme Courts“ hatte als Folge, dass in einigen Bundesstaaten alte Anti-Abtreibungsgesetze wieder eingesetzt oder neu verfasst wurden. Ganz wie bei den Präsidentschaftswahlen 2020 und der „Black Lives Matter“-Bewegung entstanden zwei entgegengesetzte



Massenbewegungen. Wenn man betrachtet, welche Bundesstaaten die Abtreibungen legal belassen und welche diese kriminalisieren, dann ist es schnell klar, dass es hauptsächlich eine Frage der Regierung des Bundesstaats ist, ob diese aus den „Democrats“ oder den „Republicans“ besteht. Und so stellen auch die ehemaligen Kontrahenten im Wahlkampf für die Präsidentschaft klar ihre Position dar; während Präsident Biden von einem großen Fehler des Obersten Gerichtshofs redet, sagt Donald Trump, dass dies der „größte Tag für das Leben“ sei und es ihm eine Ehre sei, alles nötige dafür vorbereitet zu haben. Womit er die Ernennung von drei republikanischen Richtern des Obersten Gerichtshofs während seiner Amtszeit meint, die dazu führte, dass die Republikaner die Mehrheit im Supreme Court bilden. Damit wurde dem Wahlkampf für die „Midterm elections“ (Halbzeitwahlen), unter der Schaffung von einer realen Bedrohung für alle Frauen in der USA, neues Leben eingehaucht. In diesen Wahlen werden die Regierungen der Bundesstaaten und das Parlament neu gewählt. Dieses besteht, wie in England, aus zwei Häusern, dem Senat und dem Kongress, und beide werden alle zwei Jahre neu gewählt. Die Wahlbeteiligung zeigt seit dem Anbruch des 20. Jahrhunderts eine stetige Tendenz nach unten. Seitdem ist auch die Beteiligung an den Wahlen des „Parlaments“ deutlich niedriger als die Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen, um etwa 20 Prozent. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war dieses Verhältnis umgekehrt.

Diese Fakten sind Gradmesser dafür, wie das Vertrauen des Volkes in den Parlamentarismus stetig sinkt. Und dies hat zur Folge, dass in den letzten Jahren die Bourgeoisie versucht, die Wahlen durch das Schaffen von Massenbewegungen künstlich zu beatmen. Dazu wurden Kampagnen wie zum Beispiel in der BRD, als die AfD drohte, Einzug ins Parlament zu halten und alle und jeder dazu aufgerufen wurde, wählen zu gehen, um die Partei davon abzuhalten. In den USA wurde der Kampf der Schwarzen gegen Rassismus und Polizeigewalt für den Wahlkampf ausgenutzt, als nach einer erneuten Welle von Morden an Schwarzen durch die Polizei ein gerechtfertigter Kampf der schwarzen Bevölkerung losbrach, und Joe Biden diesen Kampf ausnutzte, um die Bewegung für sich zu benutzen, während unter Führung der Republikaner eine entgegengesetzte Bewegung entstand. Nun wird

das gleiche mit dem gerechtfertigten Kampf der Frauen für das Recht auf legale Abtreibung gemacht. Zusätzlich werden Massen gegen Massen aufgebracht. Und genau so, wie die schwarze Bevölkerung mit leeren Versprechen betrogen wurde, wird es für die Rechte der Frauen in der USA, abgesehen davon, dass sie ihr Recht auf Abtreibung durch Kampf wieder zurück gewinnen können, keine nennenswerte Verbesserung geben.

Dass dieses Gefasel von dem „Land der größten Möglichkeiten und Freiheiten“ nur für jene mit vollem Geldbeutel gilt und nicht für die Arbeiter und anderen Unterdrückten des Landes ist offensichtlich. Das Verbot betrifft vor allem die proletarische Frau, denn sie kann sich die kostspielige Reise in einen Bundesstaat, in dem die Abtreibung legal ist, nicht leisten. Zusätzlich werden die Massen erneut gespalten. Beide Fraktionen der herrschenden Klasse bedienen sich der Spielarten des „linken“ und des „rechten“ bürgerlichen Idealismus. Vor allem zeigt diese Situation, in der sich der Imperialismus gerade befindet, wie verzweifelt die Bourgeoisie versucht ihn zu retten, ihre sich zersetzende Ideologie zu nutzen, um den zerfallenden Parlamentarismus zu retten. Das ist, als wenn man versucht, die ausgetrocknete Sandburg, die in sich zusammenfällt, mit einer Hand voll trockenem Sand zu retten. Eben dies ist dieser Konflikt, diese Welle von Massenbewegungen, diese Spaltung der Massen, eine verzweifelte Kampagne der Bourgeoisie der USA, den im November dieses Jahres bevorstehenden „Midterm elections“ künstlich Leben einzuhauchen, um dem Parlamentarismus und somit der Herrschaft der Bourgeoisie ihre Legitimität zu verschaffen. Und zusätzlich hetzt sie in ihrem Kampf darum, welche Fraktion der Bourgeoisie nun an der Macht sein soll, die Massen der USA gegen einander auf, wobei sie den gerechtfertigten Kampf der Frauen für das Recht auf legale Abtreibung für ihre Zwecke missbraucht. •

BRANDSTIFTUNGEN IN WOHNHÄUSERN: DER SKANDAL HINTER DEM SKANDAL



Feuerwehreinsatz beim Hausbrand in Hellersdorf

Immer wieder brennt es in Berliner Wohnhäusern, weil Soziopathen Brände in Treppenhäusern legen. Dass da draußen solche Menschen herumlaufen, ist kurzfristig nicht zu verhindern, denn die kapitalistische Art, zu leben, verursacht auch jede Menge psychische Schäden in den Köpfen der Menschen. Was man aber beeinflussen kann, ist, wie schwer man es den Tätern macht, Brände zu legen. Und an diesem Punkt spielen die Besitzer der Häuser eine sehr negative Rolle, indem sie alles daran setzen, Wartungskosten möglichst klein zu halten. Wer hat denn nicht schon einmal erlebt, dass die Eingangstür des eigenen Wohnblocks über Monate hinweg nicht richtig schließt, obwohl der Defekt lange bekannt ist? Das ist ein Umstand, der Brandstiftern in die Karten spielt. So standen erst im April in der Oelsnitzer Straße in Hellersdorf Kinderwagen in einem Treppenhaus in Flammen, weil die Haustür jedem offen stand. Die „B.Z.“, eine altbekannte, besonders reaktionäre bürgerliche Zeitung, beschreibt die Situation wie folgt:

„Silvester hatten Jugendliche im Haus geböllert. Seither war die Haustür defekt, berichten die Mieter. Patrick P.: ‚Man kann da einfach durchsteigen. Die Deutsche Wohnen hat das nicht repariert.‘ Der Vermieter bestätigte am Dienstag auf B.Z.-Anfrage, dass die Tür nicht ausgebessert wurde. Einen Grund konnte der Sprecher nicht nennen, räumt aber ein: ‚Das sollte nicht passieren.‘“

Der Grund, den sie nicht nennen können und der so viele Probleme für die Massen nach sich zieht, liegt auf der Hand: Profit. Denn Deutsche Wohnen und Konsorten geht es nicht darum, uns Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sondern sie wollen den Reichtum ihrer Aktionäre steigern. Das geht nicht nur mit steigenden Mietforderungen, sondern man kann auch an Leistungen sparen, in diesem Fall an Wartungsarbeiten.

Auch wenn es schon gebrannt hat, haben die Vermieter alle Zeit der Welt. In Spandau-Staaken warten Mieter der Berlin-eigenen GEWOBA seit Monaten vergeblich auf die Beseitigung von

Brandschäden. Die Miete wird natürlich trotzdem pünktlich abgebucht.

Dass sowas also auch bei städtischen Vermietern passiert, zeigt auch, dass eine Enteignung und Überführung des Wohnraums in städtische Hand das Wohnungsproblem nicht löst. Betrachten wir dennoch den Stand des erfolgreichen Volksentscheids, den die neue Regierung versprochen hat, „ernst zu nehmen“. Dieser wurde im letzten Jahr mit 359.063 Unterschriften zur Wahl gestellt und mit über 60 Prozent angenommen. Damit ist er eigentlich rechtlich bindend.

Immer wieder hat die Regierung angekündigt, den Volksentscheid erneut zu prüfen, auf Durchführbarkeit, auf Legalität, auf alles Mögliche. Diese Überprüfungen sind dabei schon im Prozess des Volksentscheids passiert und wurden für den Volksentscheid beschlossen. Zentral ist auch der Plan eines „Wohnungsbündnisses“, mit dem vor allem neu gebaut werden soll. Was in Berlin allerdings aktuell neu gebaut wird, das ist nicht bezahlbarer Wohnraum, sondern teure Eigentumswohnungen und Bürogebäude für hippe Start-Ups, wie auch altbekannte Bonzenfirmen. Die Initiative „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ hat dieses Bündnis zurecht für gescheitert erklärt, die gemachten Pläne werden nicht unterschrieben. Ebenso gescheitert sind ihre Versuche, sich mit einer „freiwilligen Selbstverpflichtung“ durchzumogeln. Sie beschreiben ebenfalls richtig:

„Anstatt sich für die Mieterinnen und Mieter dieser Stadt einzusetzen, verhält sich die regierende Bürgermeisterin wie eine Unternehmensberaterin für die Immobilienkonzerne, die unsere Stadt ausbluten.“

Selbst die Basis ihrer Partei, der SPD sieht das inzwischen so und fordert bei einer Abstimmung die schnelle Umsetzung des Volksentscheids.

In dem Verschleppen der Erfüllung dieser Forderungen sahen die bürgerlichen Medien auch den Hauptgrund der Stimmung gegen die Bürgermeisterin Giffey, sowie den Ei-Wurf auf sie bei ihrer Rede am ersten Mai. Es stimmt zwar, dass sie sich damit noch weiter diskreditiert hat und erneut unter Beweis gestellt hat, dass ihr das Wohl und der Willen der Massen herzlich am Arsch vorbeigeht,

aber es ist eben nur ein Beispiel dafür. Steigende Lebenshaltungskosten, nicht steigende Löhne, seit Jahren bekannte und immer wieder beklagte Probleme der Wohnungssituation, regelmäßige Polizeigewalt, vor allem auf Demonstrationen, und die Aufrüstung sind weitere Punkte einer Liste, die sich lange weiterführen lassen ließe. Selbst wenn sie sich in diesem einen Punkt entscheiden, ihre Handhabung zu ändern, werden sie den gerechtfertigten Hass und die Rebellion der Massen damit nicht beenden können.

Die Wohnungskonzerne, stadteigen und privat, die Regierung, die anderen bürgerlichen Parteien, die Polizei, niemand von ihnen steht auf unserer Seite, und wenn sie behaupten, das zu tun, ist das nichts anderes als Augenwischerei. Jeden Fortschritt unserer Interessen mussten wir uns erkämpfen, gegen sie. Dazu gehen sie immer wieder weiter, zu versuchen, die erkämpften Rechte und Vorteile wieder abzuschaffen. Sei es mit steigendem Rentenalter, Forderungen, die 40-Stunden-Woche, die für viele Teile unserer Klasse inoffiziell ohnehin abgeschafft sind, auch offiziell abzuschaffen, oder Forderungen, sich jetzt „im Verzicht zu üben“. Genauso wie diese Brotkrumen einst hart erkämpft wurden, müssen wir sie jetzt mit noch härterem Kampf verteidigen und noch weiter gehen. •



Hat ihre eigenen Pläne für die Wohnraumfrage: Bürgermeisterin Giffey

SAGA ERHÖHT ENERGIEKOSTEN

Spätestens seit dem 1. August sind die Folgen der sogenannten Energiekrise auch hier in Hamburg angekommen. Hamburgs größter Vermieter – das kommunale Wohnungsunternehmen SAGA – erhöht am dann die Vorauszahlung für Energie für ein Drittel ihrer 137.000 Wohnungen. Das trifft zehntausende Mieter in Hamburg, die nun mehr zahlen müssen. 50 Cent bis 1 Euro soll es pro Quadratmeter teurer werden. Bei einer Wohnung mit 70 Quadratmetern sind das 35 bis 70 Euro mehr im Monat.

Noch am 30. Juni ließ die SAGA auf ihrer Internetseite verkünden: „In Summe erzielte der Konzern im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 225,9 Mio. Euro (2020: 225,6 Mio. Euro).“ Über Geldprobleme hat sich die SAGA also nicht zu beklagen. Statt seine Mieter aber nicht weiter zu belasten, setzt der städtische Wohnungskonzern natürlich noch mal einen drauf und zieht den breiten Massen auch noch mehr Geld aus den Taschen. Schon im Januar diesen Jahres erhöhte die SAGA die Vorauszahlung der Energiekosten – das war noch vor dem Krieg in der Ukraine. Die jetzige Erhöhung ist also schon die zweite in diesem Jahr. Besonders für die Menschen in den Arbeitervierteln, in denen die SAGA vermietet, ist das ein weiterer Schlag, der zu den allgemeinen Teuerungen und der Inflation dazu kommt. Gerade jetzt, wo man sowieso nicht mehr über die Runden kommt, steigen auch noch die Kosten fürs Wohnen. Kurz, nachdem die SAGA die Energiepreissteigerung angekündigt hat, waren wir in Mümmelmannsberg und Billstedt unterwegs und haben einige Stimmen der Arbeiter vor Ort gehört, die in den Gesprächsrunden der Herrschenden nie gehört werden.

Eine Rentnerin aus Mümmelmannsberg sagte uns gegenüber:

„Man kann nichts mehr bezahlen, nicht mal mehr die kleinen Dinge wie Butter. Vor einem Jahr hat man für Butter im Angebot noch 1,09 Euro bezahlt. Jetzt bezahlt man für Butter im Angebot 2,29 Euro. Und es ist ja kein Ende in Sicht. Wenn die Miete jetzt auch noch höher wird, dann wird es noch schlimmer. Ich hab nur knapp 900 Euro Rente, und wenn das so weiter geht, muss ich meinen Hund weggeben, weil

ich mir den nicht mehr leisten kann. und da, wo ich sparen kann, sparen muss. Aber die Situation von uns Rentnern interessiert ja keinen mehr. Sobald man in Rente geht, soll man nur noch still sein und ins Grab fallen – so ist es doch. Ein Mitspracherecht gibt es für uns nicht mehr.“

Rentner sind wahrscheinlich diejenigen, die aktuell wieder am stärksten von der Krise getroffen sind. Bei den Entlastungspaketen des Staates waren Rentner diejenigen, die am schlechtesten weggekommen sind. Die Rentner wurden nämlich gänzlich ausgeklammert. Nicht mal Einmalzahlungen gab es für Rentner. Die Frau, mit der wir gesprochen haben, hat völlig Recht, wenn sie sagt, dass man als Rentner kein Mitspracherecht mehr hat und dem Staat völlig am Arsch vorbeigeht.

Die SAGA selbst empfiehlt nun einfach, Energie zu sparen, und hat dazu einen Katalog mit nutzlosen Tipps herausgegeben. Darin wird einem gesagt, wie man am besten ohne Heizen auskommt. Klar ist aber, dass, wenn es in einigen Monaten wieder richtig kalt wird, wir heizen müssen. Gerade für ältere Leute, die körperlich nicht mehr so fit sind und häufig Erkrankungen oder Behinderungen haben, kann Energie sparen durch Nicht-Heizen gefährliche Folgen haben.

Eine Frau aus Billstedt sagte uns im Gespräch, nachdem wir sie auf die Energiepreissteigerung bei der SAGA ansprachen:

„Ich will das alles gar nicht mehr hören. Man denkt immer, irgendwann muss doch mal Schluss sein, aber dann kommt noch was oben drauf. Und dann immer diese Schuldzuweisungen. Immer ist Putin an allem Schuld und unsere Politiker können gar nichts dafür. So ist das doch nicht, die geben uns doch auch nichts ... Wenn ich das irgendwann nicht mehr bezahlen kann, dann mach ich das einfach nicht mehr. Sollen die doch kommen und mir alles wegnehmen, irgendwann ist doch mal Schluss, ich lass doch nicht alles mit mir machen.“

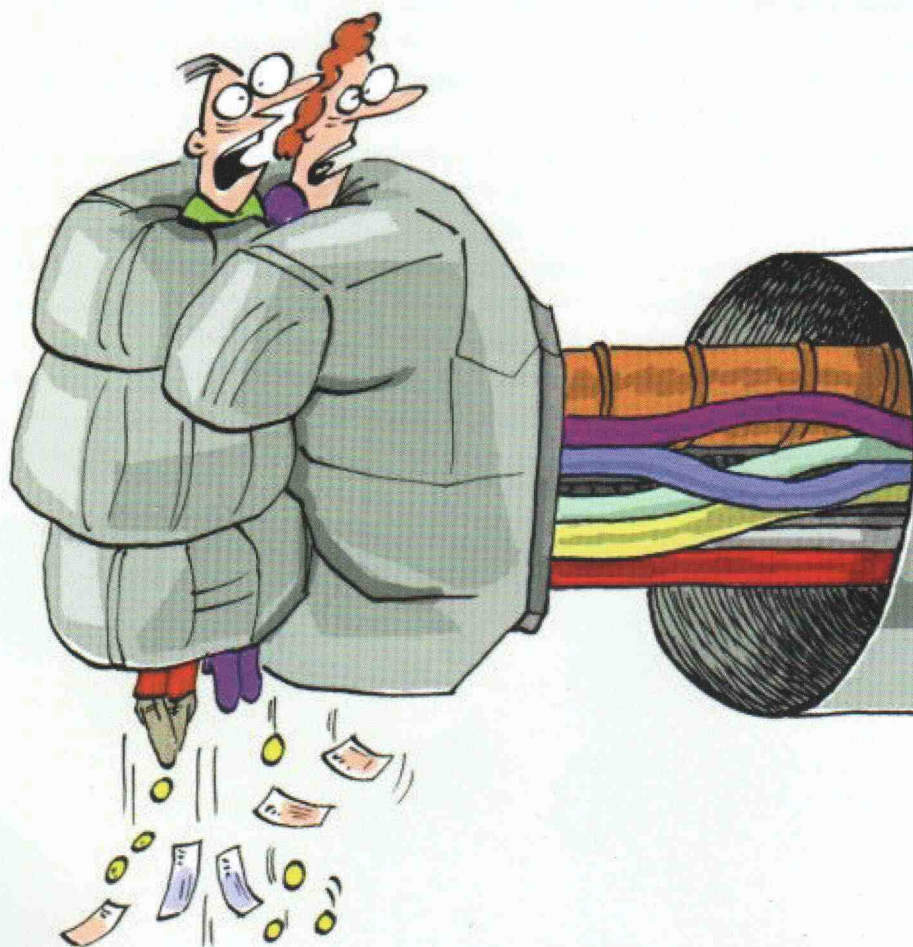
Ein Mann, mit dem wir auch in Billstedt sprachen, sagte uns:

„Ich gebe schon mehr als die Hälfte meines Gehalts für Miete aus und komm am Ende des Monats immer bei Null raus. Ich hab zwei Kinder zuhause sitzen, die haben Hunger, auch wenn ich mehr für Miete bezahlen muss. Meinen Kindern ist das egal, ob's teurer wird oder nicht, die haben Hunger so oder so. Wenn schon alles teurer wird, sollen die uns auch mehr Geld geben. Aber sagen die meinen Kindern irgendwann, dass das Essen zu teuer ist und es deshalb nichts mehr gibt? Nein, und ich glaube, das interessiert die auch gar nicht. So ein Politiker verdient doch auch genug, der weiß doch gar nicht wie das ist und was das heißt.“

In teuren Städten wie Hamburg ist es mittlerweile völlig normal, dass Arbeiter mehr als die Hälfte ihres Lohns für Miete blechen müssen. Hat man im Jahre 2000 noch knapp 5,70 Euro pro Quadratmeter in Hamburg bezahlt, waren es letztes Jahr schon 9,30 Euro. Die Mieten schießen seit Jahren in die Höhe, während die Löhne nur langsam und keineswegs proportional dazu besser werden. Aber in einer Gesellschaft, in der es nur um Profit geht, ist das der

Lauf der Dinge – ob Kinder am Ende hungern oder nicht.

Die Leute haben die Schnauze voll davon, dass alles teurer wird und keine Besserung in Sicht ist. Egal, in welchem Viertel man unterwegs ist, überall sinkt die Zustimmung für die Regierung und diesen Staat. Und der Drang, etwas dagegen zu tun, ist da. Bei den Alten sowie bei den Jungen, denn keiner kann und will so weiter machen. Aber wenn jeder für sich alleine bleibt, dann bleiben wir alle schwach. Wir haben mit den Preissteigerungen und der Inflation alle die selben Probleme. Wir müssen uns zusammen schließen und uns gemeinsam gegen diese Probleme wehren. Wenn z.B. ein ganzes Viertel, oder lasst es nur einen ganzen Block sein, die erhöhten Energiepreise nicht bezahlt – wie es die Frau aus Billstedt tun will, mit der wir gesprochen haben – dann kann die SAGA auch nichts machen. Oder wollen sie die Bewohner eines ganzen Blocks einfach raus-schmeißen? •



DER SANFTE DRUCK DER ENERGIEPREISE

AUSBEUTUNG STATT INKLUSION – MARTINSHOF BREMEN

Der Martinshof Bremen ist eine Werkstatt für behinderte Menschen. Er gehört zur *Werkstatt Bremen*, die wiederum ein Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen ist und zum Geschäftsbereich der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport gehört. Die Werkstatt Bremen gliedert sich in viele verschiedene Bereiche, wie verschiedene Kreativ-Werkstätten, Dienstleistung, bis hin zu Lohn- und Auftragsfertigung. Mit 2.200 Beschäftigten, 1.880 Arbeitsplätzen an 37 Standorten ist die Werkstatt Bremen eine der größten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in ganz Deutschland. Neben Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung nimmt die Werkstatt auch Suchterkrankte oder anderweitig Erkrankte auf, zum Beispiel auch Menschen, die an einer psychischen Krankheit leiden.

Sie bietet laut eigener Beschreibung Menschen die noch nicht, oder noch nicht wieder auf den allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können, Arbeits-, Qualifikations- und Förderangebote. Das soll in der Form realisiert werden, dass sie ihnen je nach Qualifikation und Interessen Arbeit in den verschiedenen Werkstätten gibt, in denen in verschiedenen Bereichen handwerklich gearbeitet wird, welche von den Mitarbeitern betreut werden.

Des weiteren bietet der Martinshof verschiedene Dienstleistungen an, die von diversen namhaften Bremer Unternehmen etc. wie zum Beispiel Werder Bremen, Gesundheit Nord, den Stadtwerken (swb) oder der Polizei in Anspruch genommen werden:

„Zahlreiche namhafte gewerbliche und industrielle Unternehmen verschiedener Branchen nehmen bereits das umfangreiche Arbeitsspektrum unserer Werkstätten in Anspruch. Zu unseren Leistungen gehören unter anderem:

Metallbearbeitungen (Drehen, Fräsen, Bohren)

Holzbearbeitungen (Zuschnitt, Sägen, Zusammenbau)

Tätigkeiten im Bereich Automotive (Montagen, Schrumpfen, Verpacken, Fertigung von Systemteilen)

Elektromontagen

Tätigkeiten im Lebensmittelbereich (Abfüllarbeiten, Verpacken)

Ob in der Automobil- und Elektroindustrie, in der Lebensmittelbranche oder in einem anderen Bereich – flexibel finden wir auch für Ihren Auftrag die beste Lösung.“

Doch wenn man sich das mal genauer anschaut, wird schnell klar, dass solche angeblichen Rehabilitations-Betriebe vor allem eins sind: Orte, an denen diejenigen von uns, die körperlich und / oder geistig beeinträchtigt sind, aufs widerlichste ausgebeutet werden. Wenn man sich die offizielle Internetseite anguckt, wird man regelrecht überschwemmt von Dienstleistungsangeboten, die der Martinshof anbietet, und großen Bremer Firmen, die sich ganz groß Inklusion auf die Fahne schreiben. Und auch Lutz Müller, ehemaliger Präsident der Polizei Bremen, taucht da auf: *„Wir stehen für Teamwork. Die Menschen vom Martinshof gehören zu unserem Team und überzeugen uns täglich durch ihre offene Art und ihre engagierte Arbeit.“* Und Michael Frieß, Werksleiter Mercedes Benz Werk Bremen: *„Der Martinshof ist als Lieferant für alle unsere Baureihen, seit mehr als 30 Jahren ein zuverlässiger Partner des Mercedes-Benz-Werkes.“*

Dass der Tageslohn dieser Leute niedriger ist als der Mindest-Stundenlohn, wird dann natürlich unter den Teppich gekehrt. Eines der neueren Projekte ist der Inklusionsbetrieb *Integra Automobil*, eine Kooperation zwischen der Werkstatt Bremen und Mercedes Benz. Mercedes Benz und der Martinshof arbeiten schon seit mehr als dreißig Jahren zusammen, der Dienstleistungsbetrieb *Integra Automotive*, der im Jahre 2013 durch die Werkstatt Nord GmbH gegründet wurde,



Der Martinshof ist als Lieferant für alle unsere Baureihen seit mehr als 30 Jahren ein zuverlässiger Partner des Mercedes-Benz-Werkes.

Michael Frieß, Werksleiter Mercedes Benz Werk Bremen

treibt es jedoch auf die Spitze. Die Produktionsarbeit, die dort gemacht wird, ist, bestellte Autoteile versandfertig zu machen. Über die Ausbeutung bei Mercedes wurde schon viel berichtet und jedem sind wohl die Verhältnisse klar, unter dem viele Arbeiter dort Tag für Tag ausgebeutet werden, doch um noch mehr Profit zu machen, treibt Mercedes mit dem Vorwand Inklusion die Ausbeutung ins Unermessliche, indem sie dort einen wichtigen Teil ihrer Produktion für ein paar Euro pro Tag verrichten lassen.

Ein sehr gutes Beispiel sind da auch die Kreativwerkstätten vom Martinshof. In diesen Werkstätten werden entweder verschiedene Holz-, oder Textilprodukte, bis hin zu eigenen Lebensmitteln produziert, die dann über den Martinshof teuer verkauft werden. Was auf den ersten Blick wie ein nettes Angebot klingt, ist nichts anderes als Gratarbeit für die Stadt Bremen. Die fünf Euro pro Tag, die man dort für drei bis fünf Stunden Arbeit bekommt, decken nicht einmal die Fahrtkosten hin und zurück, wenn man auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen ist. Im Gegensatz dazu verkauft der Martinshof die dort genähten Taschen für bis zu über 70 Euro. So wird die Beeinträchtigung der Leute schamlos ausgenutzt.

Ein weiteres Beispiel sind die zahlreichen Kooperationen. So besteht seit 2003 eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Martinshof und Werder Bremen, zur Reinigung der Sitzplätze im Stadion nach einem Heimspiel, sowie der Reinigung des Platzes vor der Geschäftsstelle. Im Gegenzug überweist Werder Bremen dem Martinshof 40.000 Euro pro Jahr.

Die Werkstatt Bremen ist dabei nur eine von vielen Einrichtungen, die auf diese Weise funktionieren. Diese Einrichtungen, die für die meisten dort eine Über-

gangslösung sein soll, nutzen die Leute aus, um Geld in die Taschen ihrer Träger und Kooperationspartner zu spülen, und es geht ihnen eher keineswegs darum, denen zu helfen.

Diese Art von Ausbeutung ist nicht zuletzt so widerlich, weil viele der Leute dort sich ihrer Ausbeutung nicht bewusst sind. Die meisten dort haben ein stark eingeschränktes Sozialleben, und freuen sich auf die familiäre Atmosphäre, die in den Werkstätten vorgegaukelt wird:

„Wichtig für die Beschäftigung im Martinshof sind auch das Miteinander und die Kontakte. Zur Ihrer Beschäftigungszeit gehören folglich auch Begleitende Maßnahmen, die sich nach berufsfördernden und persönlichkeitsfördernden Angeboten unterscheiden. Die Angebote finden neben der direkten Arbeit in begleitenden Kursen innerhalb der Beschäftigungszeit statt. Das können Kurse zum Umgang mit Zahlen, zur Verkaufsschulung, zur Hygiene oder zum Arbeiten am Computer ebenso wie musische Angebote oder Kunstkurse sein“

Desweiteren werden immer wieder verschiedene Ausflüge angeboten. Sei es der Besuch auf dem Weihnachtsmarkt, Straßenfeste oder der Bremer Freimarkt. Der Martinshof lässt nichts unversucht, um die Leute bei Laune zu halten. Und natürlich freuen sich alle auf die Ausflüge und das ist ja auch schön und gut. Doch diese Events dienen nur dazu, den eigentlichen ausbeuterischen Charakter zu verschleiern. Und was das angeht, haben sie nur so lange ein Interesse daran, wie die Leute für sie bei Mercedes für einen Hungerlohn schufteten gehen. Die Menschen, die dort arbeiten gehören zu großen Teilen zur Arbeiterklasse. Und obwohl sie teilweise die selbe Arbeit machen wie viele andere aus dem Proletariat, werden sie noch schlechter bezahlt als ihre ausgebeuteten Kollegen. Was in solchen

Einrichtungen als Inklusion bezeichnet wird, ist nichts anderes, als die Menschen, die Hilfe benötigen, schamlos auszubeuten. Von diesem ausbeuterischem System können wir niemals Hilfe erwarten, ganz im Gegenteil. Diejenigen, die Hilfe brauchen könnten, werden nur noch mehr ausgenutzt. Die einzigen, die uns aus dieser Ausbeutung befreien können, sind wir selbst, gemeinsam als Klasse. •



Wir stehen für Teamwork. Die Menschen vom Martinshof gehören zu unserem Team und überzeugen uns täglich durch ihre offene Art und ihre engagierte Arbeit.

Lutz Müller Polizeipräsident Polizei Bremen

POLIZEI UND LUMPEN HAND IN HAND

Am Samstag, den 24. Juni kam es in Essen-Altendorf zu einer Schlägerei zwischen sei sogenannten „Clan-Familien“. Dabei wurde einer einem Beteiligten ein Messer in den Hals gerammt. Bei diesen „Clans“ handelt es sich in Wirklichkeit nicht um Familienstrukturen, wie es immer heißt, sondern um organisierte Kriminalität. In großdeutscher chauvinistischer Haltung wird dann jeder (vermeintlich) arabischstämmige Mensch kriminalisiert und als Verbrecher dargestellt, wenn er Pech hat den gleichen Namen zu tragen wie ein Krimineller. Eine Sache, die undenkbar wäre, wenn ein Herr Müller eine Bank überfällt. Auch in den Tagen danach kam es zu Vorfällen zwischen rivalisierenden Lumpenbanden. In der Presse wird schnell ein Bild gemalt, dass Essen und vor allem Altendorf ein Ghetto wäre. Die Ereignisse vom Samstag werden dann aufgebauscht, die Zahl der Beteiligten stieg im Laufe der Berichterstattung immer höher. Waren es anfänglich 50 bis 100, sind es jetzt 400 Teilnehmer.

Für die Polizei war ein Anlass gefunden, in Altendorf die ohnehin schon enorme Polizeipräsenz zu erhöhen. Jetzt fahren im Minutentakt Polizeitransporter über die Straßen und es wurden an mehreren Stellen Einsatzhundertschaftstrupps abgestellt, die Posten beziehen. Zudem kommt eine mobile Polizeistation, die laut Angaben der Stadt als Anlaufstelle für Anwohner dienen soll. Die Stadtverwaltung erklärt dazu, dass die Kontrollen des Ordnungsamtes noch verschärft werden sollen. Von der Strategie der 1000 Nadelstiche geht man zur offenen Besatzung eines ganzen Stadtteils über. Anstatt gezielt nach den angeblich alle polizeibekannten Tätern zu suchen, werden willkürlich einfach alle Autofahrer angehalten und kontrolliert. Alles natürlich im Namen der Kriminalitätsbekämpfung. Wie effektiv diese Maßnahmen sind, sieht man, wenn man sich die ganze Szenerie auf der Hauptstraße des Viertels 30 Minuten anschaut. Auf der einen Seite sitzen die Polizeibeamten in ihren Transportern, trinken Cola und pöbeln aus dem Wagen junge Erwachsene an, die dort vorbei laufen, und fragen, was sie dort machen würden. Auf

der anderen Seite patrouillieren die Fußtruppen der Lumpenbanden 100 Meter entfernt auf der selben Straße und wollen ihr Revier markieren. Diese Situation zeigt sehr deutlich, was für eine Farce der Kampf gegen die organisierte Kriminalität in Wahrheit ist. Die Situation zeigt mehr als deutlich, dass beide, Lumpen als auch Bullen, eine Last für die Arbeiter von Altendorf sind, indem sie das Viertel für sich beanspruchen. Für die Polizei ist der Vorfall nur ein Grund, um wieder ein übertriebenes Polizeiaufgebot zu rechtfertigen und ein Klima zu erzeugen, in dem es normal ist, dass an allen Straßenecken Polizeiposten stehen und Leute kontrollieren.

Wozu die Polizei in Altendorf fähig ist zeigt der Fall Adel B. sehr deutlich. Statt ihm die Hilfe zukommen zu lassen, die er für die Lösung seiner psychischen Probleme brauchte, wurde ihm in die Brust geschossen, im Anschluss wurde eine Reihe von Lügen aufgetischt, um diese Tat zu rechtfertigen.

Wenn man sich mit den Leuten im Viertel unterhält, wird schnell klar, dass diese Banden ein Problem darstellen. Der Verkauf von Drogen ist omnipräsent und läuft reibungslos am helllichten Tag ab. Es ist einfacher, Drogen zu kaufen, als ein Hilfsangebot gegen Drogensucht in Anspruch zu nehmen. Sie vergiften für ein wenig schnelles Geld die Jugendlichen und Kinder im Viertel. Bedrohen teilweise Unbeteiligte, um sie einzuschüchtern, und beanspruchen mit ihren Patrouillen die Kontrolle über das Viertel.

Für die Arbeiter von Altendorf kann es keine Lösung sein, diese beiden Sachen zu dulden. Weder die Flutung der Viertel mit Drogen, die dazu führt, dass man seine Zukunft zerstört, noch die Besatzung des Viertels durch die Polizei und die damit verbundenen willkürlichen Kontrollen, die immer wieder zu Schikane und Gewalt führen. •

RATTEN BEI VONOVIA

Anfang Juli kündigte der größte deutsche Immobilienkonzern Vonovia an, die Miete inflationsbedingt nach oben hin anzupassen. Der Konzernvorsitzende Rolf Buch äußerte sich wie folgt: *„Wenn die Inflation dauerhaft bei vier Prozent liegt, müssen auch die Mieten künftig jährlich dementsprechend ansteigen.“* Für Buch also anscheinend eine Selbstverständlichkeit, die Miete zu erhöhen, um die enormen Profite zu sichern.

Dass er so ganze Familien in die Not treibt, ist ihm egal. Dass das Geld nicht zum Wohle der Mieter ausgegeben wird, sollte jedem klar sein, der schon mal ein Problem mit Vonovia hatte. Die Probleme mit Vonovia sind vielseitig und wurden auch schon hier in der Roten Post häufig angesprochen. Während die Mietzahlungen verlässlich kommen sollen ist das einzige bei Vonovia, worauf man sich verlassen kann, dass man sich auf nichts verlassen kann.

So auch im Essener Nordviertel. Im Gespräch mit Mietern von Vonovia wurde schnell klar, dass die von Rolf Buch angekündigte Mieterhöhung schon längst angekommen ist. Zwei Frauen erzählten von der Situation, dass ihre Miete überraschend ohne die Nennung von Gründen enorm angehoben wurde. Die eine Frau erzählte, dass sie für ihre 65 Quadratmeter große Wohnung jetzt 700 statt 525 Euro zahlt. Im anderen Fall zahlt man für 70qm 780 statt 630 Euro. In beiden Fällen wird die Miete über 100 Euro angehoben.

Eine Gegenleistung für diesen Wucher erhalten die Familien nicht. Die anfallenden Reparaturen wurden aus eigenen Kräften und finanziellen Mitteln gestemmt, Vonovia will davon nichts wissen. Beide schildern, dass sie Probleme mit Ratten im Haus haben und auch von mangelnder Geräuschisolierung, dass man sich problemlos mit dem Nachbar unterhalten könnte, was unter anderen schon zu Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Familien geführt hat.

Dabei ist das Problem der Ratten nicht neu, immer wieder wurde in Gesprächen mit Anwohnern des

Viertels deutlich, dass es Probleme mit Ratten gibt. Eine Anwohnerin meinte in einem Gespräch, dass sie sich nicht traue, ihre Kinder auf den Balkon zu lassen, da dort immer Ratten lang laufen. Wenn die Vermieter sich darüber beschwerten, bekommen sie keine Rückmeldung und werden alleine gelassen. Ein anderer Nachbar erklärte, dass er seit Jahren in der Wohnung lebe und er den Hausmeister, den er bezahlt, noch nie gesehen habe.

Was mal wieder deutlich wird, ist dass Vonovia sich einen Dreck für seine Mieter schert und nur in seinem Profitinteresse handelt. Um diese in Ruhe zu erhalten, hat Vonovia im Nordviertel eine Strategie entwickelt, die Erfolg hat. Um die Bewohner zu spalten und so jede Art von Widerstand zu erschweren, werden einige Teile der Mieterschaft in Nachbarschaftsprojekten, die unter anderem von Vonovia finanziert werden, organisiert. Wie zum Beispiel das Lichterfest oder regelmäßige Nachbarschaftstreffs. Die Leute wissen um die Probleme in ihren Wohnungen, wissen aber auch, wenn sie sich dagegen wehren, dass sie die von Vonovia finanzierten Nachbarschaftsstammtische und Feste nicht mehr durchführen können, da Vonovia ihnen wahrscheinlich das Geld streicht.

So kann sich die Vonovia hinstellen und sagen, dass sie sich für das Leben im Nordviertel einsetzt und die Situation der dort lebenden Menschen durch kulturelle Angebote verbessert, in Wahrheit geht es jedoch nur um eine Befriedung des Viertels und darum, die Bewohner in Abhängigkeit zu halten, damit man sich nicht wehrt. Für Vonovia lohnt es sich mehr, einmal im Jahr ein Fest zu organisieren und ein Spektakel abzuhalten, als sich um die alltäglichen Probleme seiner Mieter zu kümmern. •

BUNDESGERICHTSHOF EHRT NAZI-RICHTER



Mitte Juni brach in Karlsruhe eine öffentliche Debatte um eine Gedenktafel im Bundesgerichtshof aus. Das oberste Gericht der Bundesrepublik für Zivilsachen, Familiensachen und Strafsachen ehrt seit den 1950er Jahren 34 Juristen, die nach Ende des 2. Weltkrieges in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern Buchenwald und Mühlberg an der Elbe gestorben sind. Das sind sie auch völlig zurecht. Denn bei allen von ihnen handelt es sich um Richter und Staatsanwälte im deutschen Faschismus. Informationen, die vermeintlich neu sein sollen, belegen, dass zumindest der absolute Großteil von ihnen mit Urteilen wie „Rassenschande“ und Todesstrafen die grausamen Schandtaten der Faschisten gegen das Volk durchsetzten. Diese „Erkenntnisse“ wurden als Teil der „umfangreichen Aufarbeitung von NS-Belastungen des BGH in den Jahren 1950 bis 1965“ ans Tageslicht gebracht, woraufhin sich auch die bürgerliche Presse genötigt sah, darüber zu berichten.

Die Marmortafel befindet sich im ersten Stock des historischen Hauptgebäudes eingelassen, des Erbgroßherzoglichen Palais. Auf ihr steht geschrieben:

„Zum Gedächtnis der 34 Mitglieder des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft, die in den Jahren 1945

und 1946 in den Lagern Mühlberg an der Elbe und Buchenwald umgekommen sind“

Knapp 65 Jahre konnte diese Tafel vor sich hinexistieren, ohne dass sich auch nur ein Mitglied des Bundesgerichtshof daran gestört hätte. Die Geschichte der Tafel beginnt in Leipzig, wo früher im Faschismus die juristischen Aufgaben, die der Bundesgerichtshof heute erfüllt, erledigt wurden. Nach dem Krieg verhaftete die sowjetische Geheimpolizei vermutlich 37 Nazi-Juristen von dort und gab ihnen mit der Internierung in die Lager ihre verdiente Strafe für ihre Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Drei dieser Henker überlebten die Zeit, und mit Wohlwollen gab die Bundesrepublik ihnen, wie sie es auf allen Ebenen der Staatsposten tat, einen Platz in ihren Reihen oder zumindest eine stille Rehabilitation. So konnte es kommen, dass der frühere Reichsgerichtsrat August Schaefer 1957 für die „Deutsche Richterzeitung“ einen Artikel, der den verstorbenen Faschisten gedenkt und die Verhältnisse für sie in den Lagern anprangert, schreiben konnte. „Das große Sterben“ titelte Schaefer, und beklagte „Ein schweres Schicksal, unverdient für das Gericht und für seine Mitglieder“.

Daraufhin wurde im neuen Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe im Oktober des gleichen Jahres die Gedenktafel in die Wand eingelassen und enthüllt. Der damalige und erste BGH-Präsident Hermann Weinkauff offenbarte seine Anschauungen wie folgt:

„Es ziemt sich gerade für die Männer des Rechts, im Bekenntnis zu diesem Glauben der unschuldigen Opfer und der Märtyrer des Unrechts zu gedenken, die stellvertretend für uns gelitten haben, ihr Andenken zu ehren und sich vor ihrem Schicksal in Ehrfurcht zu neigen.“

Eines der obersten Gerichte des Landes stellte also gleich in seiner Anfangszeit Faschisten als Märtyrer dar. Und man konnte auch nicht erwarten, dass sich daran etwas ändern würde. Für die nächsten 20 Jahre besaß die Tafel einen altarähnlichen Vorbau, geschmückt mit Blumen und mit einem ausgelegten Kondolenzbuch für Besucher und Angehörige. Es brauchte eine Recherche der Zeitschrift „Stern“, die die Parteimitgliedschaft von 23 der 34 verreckten Juristen in der NSDAP nachwies, dass zumindest Vorbau und Kondolenzbuch entfernt wurden. Aber bis heute hat kein BGH-Präsident veranlasst, dass dieses Stück Gedenken an den Faschismus aus den Räumen einer so ranghohen Institution eines „demokratischen Staats“ entfernt wird.

Es ist kein Zufall, dass eine „umfangreiche Aufarbeitung“ zu der dunklen Vergangenheit des BGH in die Wege geleitet werden musste, welche noch bis 2024 andauern soll. Der BGH hat sich in seiner Geschichte stets sehr bedeckt gehalten zu den Faschisten in den eigenen Reihen, was die lange Halbwertszeit der Marmortafel, die niemandem dort ein Dorn im Auge zu sein scheint, erklärt.

Im Erdgeschoss des Erbgroßherzoglichen Palais wurde praktisch als „Entschädigung“ ein Mahnmal für die Opfer der NS-Justiz aufgestellt, dazu eine Plakette und ein Aufsteller mit kurzen Infotexten montiert. Aber die Tafel rausmachen – das kommt erstmal nicht in Frage, solange der Druck der Öffentlichkeit noch nicht zu groß ist. Dem deutschen Imperialismus ist es sehr wichtig, seine Denkmäler an seine Geschichte, und das beinhaltet auch den Völkermord in Kolonien, erreaktionäre Traditionen und Gebräuche und natürlich die Zeit des Faschismus, zu bewahren. Lieber lässt man heute ein Denkmal stehen oder eine Straße nach einem Faschisten benannt und löst das ganze einfach durch eine daneben bzw. darunter angebrachte Infotafel, auf

der es als eine Nebensächlichkeit dargestellt wird, dass es sich hier um Verbrecher und Faschisten handelt. Oder man macht das bei einer Schmähpastik mit der Aufschrift „Judensau“ an der Stadtkirche Wittenberg, Luthers Wirkungsstätte – ausgerechnet der BGH entschied gerade eine Woche, bevor die Marmortafel in die Schlagzeilen kam, dass eine am Boden angebrachte Infotafel bei der Kirche genügen würde, um die chauvinistische Hetze zu einem rechtskonformen Objekt zu machen. Es wird sogar noch weiter gegangen. Die Denkmäler des Faschismus, des Kolonialismus etc. seien ja gleichzeitig auch ein Stück Zeitgeschichte und nun als Mahnmale zu betrachten. So kommt es, dass überaus rassistische Kolonialdenkmäler einfach in „Antikolonialdenkmal“ umbenannt werden können und dadurch weiter als chauvinistische bürgerliche Propaganda in der Gegend rumstehen dürfen.

Bis vor kurzem hat die Aufarbeitung seitens des BGH gestockt – weil man „wegen Corona“ nicht vernünftig zusammenkommen und darüber reden konnte. Nun ist sich Bettina Limperg, die amtierende Präsidentin des BGH, nicht sicher, ob man die Marmortafel wirklich abmachen sollte. Nach den oben geschilderten Begründungen blieb ihr noch zu sagen: Was soll dann mit dem Loch in der Wand passieren?

Jeden Tag laufen Dutzende Staatsbedienstete an der Marmortafel im Bundesgerichtshof vorbei, jeden Tag akzeptieren die Leute, die angeblich die „demokratischen Werte“ verteidigen sollen, dass in ihren Räumlichkeiten den Faschisten gedacht wird. Über Jahrzehnte hinweg hat kein Jurist des BGH seine Klappe aufgemacht und das angeprangert. Es ist ganz offensichtlich, dass der BGH sein Bestes dafür tut, das Andenken an den deutschen Faschismus zu bewahren, seit Generationen, seit über 70 Jahren. Dass so vermeintlich selbstverständliche Dinge wie das Entfernen eines faschistischen Denkmals von einer überaus wichtigen Institution des „demokratischen Rechtsstaats“ einfach ignoriert und verhindert werden, beweist, dass der Staat kein großartiges Problem mit dem Faschismus hat. Im Gegenteil – die BRD vertritt, wie damals das Deutsche Reich, die Interessen der deutschen Imperialisten. Sofern es ihnen möglich ist, regieren sie das Land demokratisch, wenn die Lage es allerdings fordert, um ihre Herrschaft zu verteidigen, dann führen sie den Faschismus ein. Es sind die zwei Seiten der selben Medaille. Deswegen kommt die deutsche Bourgeoisie auch nicht drumherum, das Gedenken an Faschisten aufrecht zu erhalten und zu erneuern. Deswegen hängt die Marmortafel von Karlsruhe bis heute. •

IN ERINNERUNG AN FÉLIX REBOLLEDO

Am 19. Juni 1986 gaben fast 300 revolutionäre Kriegsgefangene im heldenhaften Kampf gegen den alten peruanischen Staat und seinen geplanten Völkermord bei dem Aufstand in den Gefängnissen El Frontón, Lurigancho und Callao unter Führung der Kommunistischen Partei Perus ihr Leben für die Revolution. Zur 36. Jährung des Tags des Heldentums hat die brasilianische Zeitung A Nova Democracia einen Artikel über Félix Rebolledo, einen Künstler des peruanischen Volkes, der an diesem Tag sein Leben gegeben hat, veröffentlicht, den wir hier übersetzen. Die Übersetzung stammt von uns, und wir tragen die Verantwortung für eventuelle Fehler. Weitere Bilder seines Werkes sind zu finden unter folgender Adresse:

<https://www.anovademocracia.com.br/noticias/17750-memoria-de-felix-rebolledo-artista-e-professor-heroi-caido-em-lurigancho>

In Erinnerung an Félix Rebolledo, Künstler und Professor, gefallener Held in Lurigancho

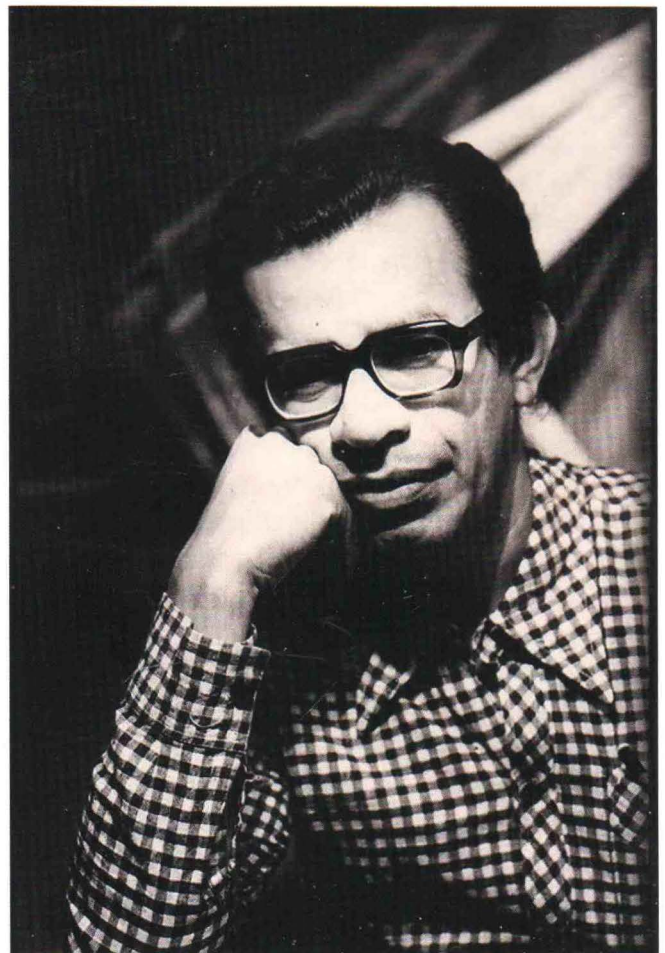
Félix Rebolledo Herrera (1944-1986) war ein peruanischer Maler und Holzschnittkünstler, revolutionärer Aktivist und gefallener Held während des Völkermords in Lurigancho, der von den reaktionären peruanischen Streitkräften mit Unterstützung des Yankee-Imperialismus, der katholischen Kirche und der internationalen Sozialdemokratie verübt wurde.

Der in Catacaos in der Provinz Piura geborene Félix entwickelte sein revolutionäres maoistisches Bewusstsein während seines Studiums in Paris, wo er sich aktiv an den Studentenrevolten des Mai 68 beteiligte. Anfang der 1970er Jahre kehrte er als Professor an der Nationalen Schule der Feinen Künste in Lima nach Peru zurück und schloss sich der klassenbewussten Gewerkschaftsbewegung an.

Rebolledo versuchte, die Nöte und Kämpfe des peruanischen Volkes in seinem Werk widerzuspiegeln, indem er in seinen Skizzen und Berichten die Erlebnisse in den Außenbezirken Limas sammelte; nicht als naturalistischer Beobachter, sondern auf aktive, fragende und engagierte Weise. Im Jahr 1978 gründete er zusammen mit dem Maler Francisco Izquierdo die Gruppe **Bewegung der realistischen Kunst: Der Künstler und seine Epoche**, als Teil des Engagements der demokratischen Kräfte Perus, den Weg von Mariátegui wieder aufzunehmen und weiterzuentwickeln. So druckte die Gruppe im ganzen Land Grafiken auf hausgemachte Weise (unter Verwendung von Tacos und Löffeln im „chinesischen Stil“) und brachte sie selbst in Umlauf, wobei sie die Drucke

zu einem reduzierten Preis verkaufte, damit sie die tiefsten Massen erreichen konnten.

Aus dieser intensiven sozialen Praxis entsteht Rebolledos Blütezeit mit Holzschnitten von großer ästhetischer Raffinesse und expressivem Hell-Dunkel. Daher auch seine beiden bekanntesten Serien: **Die**



Gekrümmten („Los Agachados“), Darstellungen der Nächte von Lima, und **Jenseits des Lebens** („Más allá de la vida“), als Hommage an den Tod seines Vaters, in dem eine typische Totenwache und Beerdigung erzählt wird. Gleichzeitig fanden in dieser Zeit seine letzten Einzelausstellungen statt, denn seine ideologische Festigkeit und sein Aktivismus kosteten ihn das Ansehen, das er in den Institutionen erworben hatte.

1981 gründete Félix die Vereinigung für Arbeit und Kultur, die sich um die politische Bildung und die technische und künstlerische Ausbildung der Arbeiter kümmerte. Im Rahmen dieser Initiative produzierten die Aktivisten Hunderte von handgefertigten Plakaten, Wandgemälden und Flugblättern im Siebdruckverfahren, die sich stets auf die wichtigsten Kämpfe und Forderungen der Zeit bezogen.

1984 wurde er zusammen mit seinem Schüler Federico Rey Sánchez ohne Beweise unter dem Vorwurf des „Terrorismus“ verhaftet. Selbst unter diesen Bedingungen gab er den anderen Häftlingen Kunstunterricht, wofür er den Spitznamen „El Profesor“ erhielt; außerdem fertigte er mit Hilfe von in seine Zelle geschmuggeltem Material weiterhin Zeichnungen, Stiche und Wandmalereien an den Wänden des Gefängnisses von Lurigancho an.

Eine Woche vor seiner Freilassung begann der Widerstand gegen den Völkermord an den Gefangenen, der von der peruanischen Reaktion betrieben wurde. Nach einem erbitterten Kampf vergossen Rebolledo und 245 weitere Kriegsgefangene ihr kostbares Blut und wurden in das Reich der Helden des Tags des Heldentums am 19. Juni 1986 aufgenommen. Es wurde nie bestätigt, ob Felix ein Militanter der Kommunistischen Partei Perus (KPP) war oder nicht,

obwohl er in der peruanischen Revolution aktiv war und im Volkskrieg unter der Führung der KPP und Vorsitzendem Gonzalo diente.

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Tag des Heldentums bewahren wir das Andenken an Félix Rebolledo und an so viele andere Künstler, Intellektuelle und Massen des peruanischen Volkes, die sich selbstlos der Sache der Revolution verschrieben haben, ebenso wie wir dieses Beispiel einer für das Volk geschaffenen Kunst propagieren, die sich voll und ganz in seine Kämpfe und seine Gemütsverfassung hineinversetzt. •

„Toribia Flores de Cutipa“. Toribia war eine Bauernführerin, die 1981 von der Reaktion ermordet wurde.



Toribia Flores de Cutipa, xilografía

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM AUGUST

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

HAMBURG

**KUNDGEBUNG GEGEN PREISSTEIGERUNG
UND INFLATION**
18. AUGUST
U-BAHN MÜMMELMANNSSBERG

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Demonstranten begrüßen feierlich die in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito ankommenden Bauern, 20. Juni 2022.
Quelle: National Review

**ROTE
POST** 